

Vom 12. April 2013

## **Nicht Katastrophe, sondern Chance – auch für Jüngere**

**Andreas Volz**

Der demografische Wandel lässt sich nicht aufhalten. Bleibt also die Frage, wie man damit umgeht: Stellt er nun eine Katastrophe dar, oder bietet er ungeahnte Chancen? Die Teilnehmer einer Podiumsdiskussion in Notzingen setzten – trotz aller Problematik – eher auf die Chance.

Notzingen. Im Wellinger Bürgerhaus sprach Peter Schuster – Kreisverbandsvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der die Podiumsdiskussion gemeinsam mit dem CDU-Gemeindeverband Notzingen veranstaltete – von einer „Katastrophe von historischem Ausmaß“, die der demografische Wandel verursache. Ähnlich wie der Dreißigjährige Krieg oder die Pest führe er zu einem dramatischen Bevölkerungsrückgang, „wenn wir nicht gegensteuern“. Das Gegensteuern ist aber nicht ganz so leicht. Zum Beispiel hätten die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, „dass mehr Kinderbetreuung noch kein Garant dafür ist, dass mehr Kinder geboren werden“. Und was die vielen älteren Menschen betrifft, stellte Peter Schuster eine Frage, die für jede Kommune gilt: „Welche Netzwerke brauchen wir in Zukunft für diese Zahl an älteren, oft einsamen Menschen?“

Als ein ganz wesentliches Netzwerk nannte Landrat Heinz Eininger den „größten Pflegedienst der Nation“: die Familie. Aber auch über die Familie hinaus müsse sich jeder rechtzeitig um sein persönliches Netzwerk bemühen, bevor es zu spät ist. Im Landkreis Esslingen sei das Problem schon lange bekannt: Bereits 1979 sei der erste Altenhilfeplan entstanden – der erste überhaupt, den ein Landkreis in Baden-Württemberg erstellt habe. Eine Katastrophe sieht Landrat Eininger nicht im demografischen Wandel, für ihn ergibt sich daraus lediglich eine Reihe von Handlungsempfehlungen.

Die Zahlen, die er nannte, geben gleichwohl zu denken: Derzeit leben im Landkreis Esslingen etwa 105 000 Kinder und Jugendliche, also Menschen zwischen null und 21 Jahren. Ebenfalls rund 105 000 Menschen im Kreis sind über 65 Jahre alt. Noch ist dieses Verhältnis also ausgeglichen. Bis 2030 aber soll die Zahl der jüngeren auf 90 000 zurückgehen, während die Zahl der älteren auf 135 000 ansteigt. Immer weniger junge Menschen müssen also die Sozialsysteme sichern, mit denen immer mehr ältere Menschen unterstützt werden.

Die Konsequenz, die Heinz Eininger daraus zieht, ist folgende: „Gerade jetzt müssen wir trotz zurückgehender Zahlen bei Kindern und Jugendlichen mehr investieren als in der Vergangenheit. Da darf keiner verloren gehen. Alle brauchen die bestmögliche Bildung.“ Schließlich sollten alle ihren Unterhalt verdienen und ein Leben in Eigenverantwortung führen können.

Das vollständige Thema des Abends lautete: „Die demografische Entwicklung als Herausforderung für die Kommunen“. Gerade auf den Aspekt der Kommunen ging Notzingens Bürgermeister Sven Haumacher näher ein. Verwaltungen hätten sich zwar nach wie vor um Hoch- und Tiefbau zu kümmern. Ein zunehmend wichtigeres Thema sei aber „das Schaffen von sozialen Strukturen und Lebensqualität“. Wenn es allerdings darum gehe, dass in einer Gemeinde ein Arzt oder ein Supermarkt fehlen, dann komme auch eine Verwaltung an ihre Grenzen, denn beides fällt nicht in ihre Zuständigkeit. Hier lassen sich allenfalls die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Der hiesige CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Hennrich sprach von einem Trend zur „Reurbanisierung“. Immer mehr Menschen ziehe es zurück in die Stadt und nicht mehr hinaus ins Grüne. In der Stadt sei die Infrastruktur besser, die Wegekosten seien geringer. Wenn aber immer mehr Wohlsituierte in die Stadt ziehen, dann sieht Michael Hennrich die Gefahr, dass gerade im ländlichen Raum aus der heilen Welt ein sozialer Brennpunkt werden kann. Aber auch für ihn stellt der demografische Wandel keine Katastrophe dar. Vielmehr handle es sich um eine Tatsache, die auch Chancen biete, beispielsweise für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt. In Deutschland bestehe außerdem die Chance für Forschung und Entwicklung, was Arzneimittel und Hilfen für ältere Menschen betrifft.

Der Vorsitzende des Kreissenorenrats, Rainer Häußler, plädierte dafür, dass „Senioren in der nachberuflichen Zeit“ noch Aufgaben übernehmen, sei es im Ehrenamt oder in der Familie: „Es ist ein Gewinn, wenn man das Gefühl hat, man wird noch gebraucht und setzt sich für eine wichtige Sache ein.“ Ob beim Wohnen oder bei der Mobilität, auch das Alter sei besser als Chance denn als Katastrophe anzusehen. Wichtig sei es, möglichst lange in der angestammten Umgebung bleiben zu können und das Leben bis ins höchste Alter aktiv zu gestalten.

Vom Alter führte Moderator Peter Schuster thematisch kurz zurück zur Geburt, indem er die Initiative „Kind willkommen“ und den dazugehörigen Notlagenfonds für Schwangere vorstellte. Besonders ging er dabei mit den Männern ins Gericht, die immer häufiger vor der Verantwortung für Kinder und Familie zurückschreckten. – Um mehr Verantwortung ging es auch in der anschließenden Diskussion: Während sich Michael Hennrich gegen ein soziales Pflichtjahr aussprach, sieht Landrat Eininger die Chance dafür als vertan an, seit mit dem Wehrdienst auch der Zivildienst abgeschafft worden ist. Für sinnvoll hält er einen sozialen Dienst allemal: „Das kann helfen bei der Findung der eigenen Persönlichkeit.“

Angereichert durch persönliche Beispiele aus dem Publikum, wurde die Diskussion um die Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten auf die Rente teilweise ebenso emotional geführt wie die Debatte um Fallpauschalen in Krankenhäusern. Bei der Krankenhausfinanzierung wiederum macht Heinz Eininger die großen Probleme an den Doppelstrukturen und der Konkurrenz zu niedergelassenen Ärzten fest sowie am Risikostrukturausgleich der Krankenkassen: „Dadurch zahlen wir Baden-Württemberger mehr an andere Länder als über den Länderfinanzausgleich.“ Wie auch immer, für Michael Hennrich steht fest: „Die Krankenhäuser werden ein großes Thema in der nächsten Legislaturperiode. 20 bis 25 Prozent der Häuser in Baden-Württemberg und Bayern werden dichtmachen.“ An diesem Punkt also kommt der demografische Wandel schneller als von vielen erwartet.